

Bern

Ferientage dank Sparen beim Strassenunterhalt

Budget SP und GB wollen im Berner Stadtrat nicht beim Sozialen, sondern in der Direktion von Stadtpräsident Alec von Graffenried und beim Strassenunterhalt sparen.

Bernhard Ott

Heute zerpflückt der Stadtrat das Stadtberner Budget 2021. Das Defizit dürfte am Ende die budgetierten 37 Millionen übertreffen und rund 40 Millionen Franken betragen. Dies vor allem deshalb, weil der Stadtrat nach Erstellen des Budgets weitere 2,3 Millionen Franken für familienexterne Kinderbetreuung bewilligt hat, um Mehrkosten der Eltern durch die Änderung kantonalen Bestimmungen abzufedern. Auch die Genehmigung von 860'000 Franken für drei zusätzliche Ferientage für Stadtangestellte wird von Rot-Grün befürwortet. Die GFL/EVP-Fraktion wird dem aber nur zustimmen, wenn SP und GB/JA eine Kompensation durch zusätzliche Einsparungen beim Unterhalt von Gebäuden und Strassen mittragen.

Der Streit im rot-grünen Bündnis über die Einsparungen von 20 Millionen Franken in den Direktionen bleibt aber ungelöst. Dies sind die Haltungen der drei rot-grünen Fraktionen:

Die gemeinderatstreue GFL

Die Fraktion GFL/EVP stellt sich hinter die Sparmassnahmen des Gemeinderats in der Höhe von 20 Millionen Franken, weil sie «ihren» Stadtpräsidenten Alec von Graffenried nicht desavouieren will. Dem Vernehmen nach soll die Fraktion in der Finanzdelegation die Rücknahme von Sparmassnahmen im Sozialbereich abgelehnt haben, die von SP und GB durchgesetzt wurde. SP und GB wollen das Level im Sozialbereich mehr oder weniger auf dem Niveau des laufenden Budgets erhalten, anstatt aufs Niveau des Vorjahrs zurückzugehen. Dafür sollen Kürzungen in der Präsidialdirektion in den Bereichen Aussenbeziehung und Repräsentation sowie im Wirtschaftsamt von über 400'000 Franken vorgenommen werden.

Dies lehnt die GFL/EVP-Fraktion ab, weil es die Direktion von Graffenrieds betrifft. «Das können wir nicht hinnehmen», sagt Fraktionschef Lukas Gutzwiller.



Wie hier auf der Viktoriastrasse klaffen oft Löcher auf den Strassen. Sie werden künftig wohl länger nicht ausgebessert. Foto: Beat Mathys

Unterstützen werde die Fraktion aber einen Antrag, der die Kürzung der Kredite für die freien Kulturschaffenden zum Teil wieder rückgängig machen will. Die insgesamt 285'000 Franken werden einem Antrag der Fraktion GB/JA gegenübergestellt, der das Budget für die freie Szene um 365'000 Franken erhöhen will.

Die Haltung der GFL/EVP-Fraktion ist kaum mehrheitsfähig, weil sie gemeinderatstreue ist. Schliesslich haben SP und GB/JA kritisiert, dass der Gemeinderat seine Sparmassnahmen nach arithmetischen und nicht strategisch-inhaltlichen Kriterien vorgenommen hat. Nun wollen die Parteien selber Schwerpunkte setzen.

SP in der Mitteposition

Die SP hat früh angekündigt, dass sie am Sparziel von 20 Millionen

BDP/CVP spielt den «Sparturbo»

Die Anträge der bürgerlichen Parteien zum Budget widerspiegeln eine gewisse Ratlosigkeit. Ausser dem obligaten Rückweisanspruch stellt die FDP keine weiteren Anträge. Im «Wettrennen» um die meisten Kürzungsanträge «unterliegt» heuer die SVP überraschend der Fraktion BDP/CVP. Wie jedes Jahr stellt auch die SVP einen Rückweisanspruch. Im Übrigen beschränken sich die Anträge der Volkspartei im Wesentlichen auf Kürzungen bei der Verkehrsplanung und beim Fuss- und Veloverkehr.

Die Anträge der Fraktion BDP/CVP hingegen atmen den Geist der SVP von einst. So will die Mittelfraktion zum Beispiel

die Fachstelle Fuss- und Veloverkehr ganz abschaffen. Die Ombudsstelle oder die Schulzahnklinik wiederum möchte sie aus der Stadtverwaltung ausgliedern. Bei der Ombudsstelle vertritt die BDP/CVP damit eine strengere Position als die SVP, die dort lediglich sparen will.

Die BDP/CVP übertrifft aber auch Sparanträge der SVP in mehreren Bereichen – etwa beim Stadtplanungsamt. Zudem sieht sie Sparpotenzial, wo sich die SVP zurückhält – so etwa beim Informationsdienst, beim Amt für Umweltschutz, bei der Kinder- und Jugendarbeit und auch bei der Gemeinwesenarbeit. (bob)

Franken festhalten will. Schliesslich will die Partei nicht «ihren» Finanzdirektor Michael Aebersold im Regen stehen lassen. «Kommen alle von uns unterstützten Anträge durch, werden rund 19,85 Millionen Franken eingespart», sagt SP-Co-Präsidentin Edith Siegenthaler. Sparen will die SP aber weniger beim Sozialen. Stattdessen sollen beim Strassen- und Gebäudeunterhalt rund 700'000 Franken mehr eingespart werden, was notabene zwei SP-Direktionen betrifft, sagt Siegenthaler.

In der Präsidialdirektion setzt die SP bei der Repräsentation und beim Amt für Wirtschaft Sparakzente. Unter dem Strich komme die Direktion von Stadtpräsident von Graffenried aber mehr oder weniger ungeschoren davon, weil unter anderem Kürzungen bei der freien Kul-

turszene und der Fachstelle Gleichstellung wieder rückgängig gemacht werden, sagt Siegenthaler. Sie ist zuversichtlich, dass die Anträge ihrer Partei mehrheitsfähig sind.

GB will doch sparen

Das GB hatte noch vor kurzem verlauten lassen, dass es das 20-Millionen-Franken-Sparziel als nicht verbindlich erachte. Nun legt die Fraktion GB/JA eine Antragsliste vor, womit das Ziel «nur um 890'000 Franken unterschritten wird», wie es in einer Mitteilung heisst. Das GB trage einen «grossen Teil der Sparvorhaben des Gemeinderats mit» und unterstütze zusätzliche Sparvorschläge im Rahmen von rund 2,5 Millionen Franken, schreibt die Partei.

Laut GB/JA-Co-Fraktionschefin Lea Bill kann dabei ein Stellenabbau beim Amt für Wirtschaft nicht grundsätzlich vermieden werden, wenn die Stadt an ihrem Sparziel festhalten will. «Die Sparvorschläge des Gemeinderats im Sozialbereich laufen auch auf einen Stellenabbau hinaus.» Die Fraktion GB/JA wolle aber nicht beim Sozialen sparen. «In diesem Bereich können von relativ wenig Geld viele Menschen unterstützt werden.» Dies sei auch längerfristig finanzpolitisch sinnvoll, sagt Bill.

Wie weiter?

Nebst dem Budget wird diese oder nächste Woche auch der Finanzplan für die Jahre 2021 bis 2024 beraten. Darin rechnet der Gemeinderat mit Defiziten in der Höhe von 32 bis 43 Millionen Franken. Das GB möchte ausloten lassen, wie die Obergrenze für die Bruttoverschuldung gelockert werden könnte.

Zudem soll eine Erhöhung der EWB-Gewinnablieferung und eine Senkung der Standards beim Gebäudeunterhalt geprüft werden. Auch eine Erhöhung der Unternehmenssteuern schliesst das GB nicht aus. «Wir möchten uns alle Optionen offenhalten», sagt Bill. Die SP wiederum sieht Sparpotenzial beim Abbau von Doppelspurigkeiten in der Verwaltung.

Mitte-Links-Koalition setzt Zeichen gegen strenge Asylpolitik – auch dank SVP

Kantonsparlament Unerwartete Niederlage für FDP-Regierungsrat Philippe Müller: Abgewiesene Flüchtlinge erhalten Nothilfe, auch wenn sie privat untergebracht sind.

Der bernische Grosse Rat macht sich für Asylsuchende stark, die nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können. Sie sollen die Nothilfe von acht Franken pro Tag auch dann erhalten, wenn sie privat untergebracht sind. Mit 79 zu 67 Stimmen bei 7 Enthaltungen überwies der Rat am Mittwoch eine Motion von SVP-Grossrat Walter Schilt. Der Vorstoss fand Unterstützung bei Mitgliedern fast aller Fraktionen.

Der Regierungsrat wehrte sich dagegen. Die Gesetzeslage sei eindeutig: Nothilfe könne nur beziehen, wer in einem Rückkehrzentrum lebe. Für die rund 120 Abgewiesenen im Kanton Bern, die privat untergebracht sind, komme sie nicht in Frage.

Nur der Kanton Bern lasse die private Unterbringung von rechtskräftig Weggewiesenen überhaupt zu, sagte Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP) im Rat. Wer auf seinen Platz in einem Rückkehrzentrum verzichte, brauche keine Nothilfe.

Müller stellt private Unterbringung infrage

Sowieso sei die private Unterbringung problematisch. So entstünden enge persönliche Beziehungen, wodurch eine Ausreise unwahrscheinlicher werde. Auch könnten Private versucht sein, Asylsuchende aufzunehmen, um das Budget aufzubessern.

Nichts wissen vom Vorstoss wollten auch die Fraktionsspre-

cher von SVP und FDP. Gerade habe der Kanton sein Asylwesen neu strukturiert. Demnach sollten rechtskräftig abgewiesene Asylsuchende zügig ausgeschafft werden. Dafür seien Rückkehrzentren eingerichtet worden.

Die Ratsmehrheit sah es anders. Es gebe nun mal Menschen, die nicht in ihre Heimat zurückkehren könnten, sagte Michael Ritter (GLP) – auch wenn sie dies noch so gern tun würden. Ritter nannte das Beispiel der Tibeter in der Schweiz. Auch Motionär Schilt sagte: «Man muss Menschen mögen.» Nach seinen Worten kommt der Kanton bei privat untergebrachten Asylsuchenden nur für die Krankenkassenprämie auf. Alle weiteren Le-

benskosten übernehme der Kanton nicht, obwohl die Menschen für Essen und Hygieneartikel auf Nothilfe angewiesen seien. Die private Unterbringung sei eine geeignete Ergänzung zu kantonalen Einrichtungen und gesellschaftspolitisch sinnvoll.

Viele der etwa 120 privat Unterbrachten sind Eritreer und Tibeter, wie Sicherheitsdirektor Müller im Rat bestätigte. «Nordafrikaner sind weniger beliebt.» In den Rückkehrzentren leben derzeit 359 Menschen. Dazu kommen Weggewiesene, die noch eine Haftstrafe verbüsen, sowie eine unbekannte Zahl von Untergetauchten. Der Rat überwies vom Vorstoss als Motion mit Weisungscharakter. Der

Regierungsrat muss die Forderung also nun umsetzen.

Damit war es eine Mitte-Links-Mehrheit, die sich ausge-rechnet in der umstrittenen Asylpolitik im bernischen Grossen Rat durchgesetzt hat – ein eher seltener Fall. Eine Schlüsselrolle spielte die BDP, wie ein Blick auf das Abstimmungsprotokoll zeigt.

Gespaltene BDP und ein paar rechte Abweichler

Ungewöhnlich ist der Entscheid auch wegen dem Absender der Forderung: Der Vorstoss stammte von Walter Schilt, einem Grossrat der SVP. Er steht nach eigentlich hinter dem Asylkurs seiner Partei, habe aber in der Frage der abgewiesenen Asylbe-

werber ohne Aussicht auf eine Rückkehr eine andere Meinung als die SVP – auch weil er Betroffene persönlich kennt. Schilt erhielt in der eigenen Fraktion keine einzelne Ja-Stimme.

Geschlossen für das Anliegen stimmten SP, Grüne, EVP und GLP. Sie appellierten ans «Gewissen» der Bürgerlichen und forderten sie auf, sich zu enthalten. Das taten ein SVP-Grossrat und zwei Freisinnige. Vier weitere Enthaltungen kamen aus der BDP. Die Fraktion stimmte nicht einheitlich, sie war wie die EDU gespalten. Die Differenz von zwölf Stimmen wurde möglich durch das Stimmverhalten der BDP und einigen Enthaltungen auf der rechten Seite. (sda)